

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

07.05.2014 Drucksache 17/1798

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr und Fraktion (SPD)

Schwerpunktsetzung bei den TTIP-Verhandlungen – Qualitative Wirtschaftsentwicklung im Sinne von sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit in der EU

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die öffentliche Daseinsvorsorge im Sinn von unverhandelbaren "roten Linien" definiert und von den Verhandlungen zu einem Transatlantischen Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA ausgenommen wird.

Zudem sollen folgende wichtige Verhandlungsschwerpunkte herausgestellt werden:

- Das Vorsorgeprinzip soll auch bei der Zulassung in die EU einzuführender Produkte Anwendung finden.
- Die Schwerpunkte der Verhandlungen sollen auf qualitatives Wachstum im Sinne sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit sowie Verteilungsgerechtigkeit in der EU gesetzt werden.
- Transparente Verhandlungen und regelmäßige Berichte sowie eine fortlaufende Information der Öffentlichkeit und die Einbeziehung der öffentlichen Interessen in die Verhandlungen werden eingefordert.
- Die Souveränität der nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und deren Rechtsordnungen dürfen im Zuge der Umsetzung einer TTIP (Streitschlichtungsverfahren) nicht unterlaufen werden.

Begründung:

Ein Transatlantisches Freihandelsabkommen muss in erster Linie als zukunftsfähiges bzw. langfristig tragfähiges Konzept für alle EU-Mitgliedstaaten gelten können. Dies kann nur gelingen, wenn der Besitzstand der Europäischen Union erhalten bleibt und deren Standards weiterhin gewahrt werden können. Das Vorsorgeprinzip der EU stellt einen Wert der EU dar, der für die EU-Bürgerinnen und Bürger essenziell ist.

Ein rein quantitatives ökonomisches Wachstum und ein Anstieg von Beschäftigungsverhältnissen, wie es im Zuge der TTIP-Verhandlungen stets postuliert wird, gewährleistet noch keine zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung. Es ist wichtig, dass die Verhandlungsführer vor allem eine qualitative Wirtschaftsentwicklung im Sinne von sozialer Sicherheit, wie sie beispielsweise sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bieten, sowie im Sinne ökologischer Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit in der EU verhandeln. Zudem müssen demokratische Prozesse in jedem Mitgliedstaat ungestört stattfinden können und geschützt werden.